

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Bildung Mannheim und Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Stefan Fulst-Blei (MdL), Helen Heberer (MdL)

Bildungsfreistellungsgesetz umsetzen

Die Mannheimer SPD fordert die SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg auf, ein Bildungsfreistellungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen.

Das Bildungsfreistellungsgesetz für Baden-Württemberg soll folgendes beinhalten: Jede/r Arbeitnehmer/in hat den Anspruch auf bezahlte Freistellung von seiner/ihrer Arbeitstätigkeit für 5 Tage pro Jahr. Diese Bildungsfreistellung soll für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Um umfangreichere Weiterbildungsmaßnahmen besuchen zu können, kann der Bildungsurlaub für 2 Jahre, auf max. 10 Tage angespart werden.

Begründung:

Bereits der Landesparteitag 2010 hat auf Antrag des SPD-Ortsvereins Neckarstadt Ost und des SPD – Kreisverbandes Mannheim die Einführung des Bildungsurlaubsgesetzes beschlossen. Dies findet sich nach dem Landesparteitagsbeschlusses im Koalitionsvertrag der Grün/Rot Landesregierung wieder. Dort heißt es: "Angelehnt an die Gesetzgebung der meisten anderen Bundesländer werden wir für Baden-Württemberg eine bezahlte Bildungsfreistellung von 5 Arbeitstagen pro Jahr einführen."